KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. – 27.01.2023

Die linkspopulistische Nupes und die rechtspopulistische Partei Rassemblement National haben am 24. Januar einen Antrag auf ein Referendum zur Rentenreform eingereicht. Ziel ist es, ein Referendum über die Rentenfrage durchzuführen und somit die Debatten über den aktuellen Gesetzesentwurf der Regierung zu unterbrechen. Ein Referendumsantrag muss von einem Zehntel der Mitglieder der Nationalversammlung, d. h. von 58 Abgeordneten, unterzeichnet werden. Um angenommen zu werden, muss der Antrag zunächst eine einfache Mehrheit der Stimmen in der Nationalversammlung erhalten. Nupes und RN würden für eine solche Mehrheit die Stimmen des bürgerlich-konservativen Lagers benötigen. Auch wenn es bei den Républicains derzeit Stimmen gegen die Rentenreform gibt, scheint dieses Szenario unwahrscheinlich, da der Fraktionsvorsitzende Olivier Marleix und der Parteichef Eric Ciotti grundsätzlich für eine Rentenreform sind.

23. Deutsch-Französischer Ministerrat anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Elysée-Vertrags. Der ursprünglich für den Herbst 2022 geplante Gipfel fand am 22. Januar im Elysée-Palast statt. Die Minister einigten sich auf ein stärkeres gemeinsames Vorgehen im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sowie eine Stärkung der europäischen Industriepolitik im Bereich der Energieeffizienz. Die Außenministerien kündigten zudem die Einrichtung einer deutsch-französischen Expertengruppe zu den institutionellen Reformen der Europäischen Union an. Auf parlamentarischer Ebene trafen sich französische und deutsch Abgeordnete in der Nationalversammlung zu einer gemeinsamen Parlamentssitzung, die mit einer gemeinsamen Erklärung der beiden Präsidentinnen der Nationalversammlung und des Bundestags endete.

Die französische Außenministerin Catherine Colonna befindet sich derzeit zu einem diplomatischen Besuch in Odessa. Die Ankündigung erfolgte über Twitter, nur wenige Stunden nachdem Russland zwei Orte in der Nähe der Stadt Odessa bombardiert hatte. Catherine Colonna hatte am 25. Januar einen Zwischenstopp in Moldawien eingelegt. Ihre Ankunft in der Ukraine hatte sich aufgrund der neuen russischen Angriffe verzögert. Mit ihrem ukrainischen Pendant will die Außenministerin „eine Bestandsaufnahme der unmittelbaren und dringenden militärischen und zivilen Bedürfnisse der Ukrainer" vornehmen, wie eine diplomatische Quelle bestätigte.

Der Sender Russia Today France kündigte am 21. Januar infolge der Sperrung seiner Bankkonten an, sämtliche Aktivitäten in Frankreich einstellen zu müssen. Frankreich war der einzige EU-Mitgliedstaat, der eine Niederlassung von RT auf seinem Boden beherbergte. RT France existierte seit 2017. Moskau reagierte auf die Kontensperrungen und kündigte „Vergeltungsmaßnahmen gegen französische Medien in Russland" an.

Die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo (Parti socialiste) sprach sich am 26. Januar für die Teilnahme russischer Athleten an den Olympischen Spielen 2024 in Paris aus – allerdings unter neutralem Banner. Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky forderte am 24. Januar von seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron, dass die russischen Athleten bereits jetzt von den nächsten Olympischen Spielen in weniger als zwei Jahren ausgeschlossen werden sollten. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) stellte am 25. Januar einen Fahrplan vor, mit dem die russischen Sportler wieder in den Weltsport integriert werden sollen.

Der algerische Generalstabschef Said Chengriha hat am 23. Januar, auf Einladung seines französischen Amtskollegen Thierry Burkhard, einen offiziellen Besuch in Frankreich abgestattet. Es handelte sich um ersten Besuch eines Chefs der algerischen Armee seit 17 Jahren, wie das Verteidigungsministerium in Algier bekannt gab. Dieser Besuch „ist Teil der verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Nationalen Volksarmee (ANP) und den französischen Streitkräften" und soll es beiden Seiten ermöglichen, „Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern", so das Ministerium in einer Erklärung.

Der Regierungssprecher von Burkina Faso hat am 23. Januar bestätigt, dass die Behörden in Ouagadougou den Abzug der im Land stationierten französischen Truppen innerhalb eines Monats gefordert haben. „Es geht nicht um das Ende der diplomatischen Beziehungen zwischen Burkina Faso und Frankreich", betonte der Sprecher in einem Interview. Die Rückzugsforderungen seien Teil des Militärabkommens mit Frankreich. Burkina Faso beherbergt derzeit ein Kontingent von fast 400 französischen Spezialkräften, die sogenannte Sabre-Einheit. Frankreich rief am 25. Januar seinen Botschafter zu „Konsultationen" aus dem Land zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich erreicht den niedrigsten Stand seit Ende 2011. Laut den Zahlen, die das Arbeitsministerium am 25. Januar veröffentlichte, sank die Zahl der Arbeitslosen der Kategorie A, d. h. ohne Beschäftigung, im vierten Quartal 2022 um 3,6 % im Vergleich zum Vorquartal, was 3,05 Millionen weniger Arbeitslosen entspricht.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Nachdem ihre Wahl vom Verfassungsrat aufgrund von Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt worden war, gingen die drei Abgeordneten Bertrand Petit (PS-Nupes, Pas-de-Calais), Anne-Sophie Frigout (RN, Marne) und Thomas Mesnier (Horizons, Charente) aus der ersten Runde der Teil-Parlamentswahlen am 22. Januar als führende Kandidaten heraus. Die zweite Runde der Wahlen findet am 29. Januar statt. In allen drei Wahlkreisen nahmen weniger als 30% der Wahlberechtigten an den Neuwahlen teil.

DIE ZAHL DER WOCHE

Fast 7000 Änderungsanträge zum Entwurf der Rentenreform wurden eingereicht, wie eine parlamentarische Quelle am 26. Januar, bekannt gab. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten der Nationalversammlung wird sich ab dem 30. Januar mit der Reform befassen. Auch wenn einige Änderungsanträge als unzulässig eingestuft werden könnten, macht es die Gesamtzahl der Änderungsanträge sehr schwierig, den Text in seiner Gesamtheit zu prüfen, bevor er am 6. Februar von der gesamten Nationalversammlung debattiert wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich